

24.6.53

Vertraulich

An den
Vorsitzenden der
Staatlichen Plankommission
Herrn Leuschner

Berlin W 1
Leipziger Str. 5 – 7

Sehr geehrter Herr Leuschner!

Die laufend mit Ihren Mitarbeitern durchgeführten Beratungen zur Vorbereitung der Planumstellung haben jetzt zu einem Ergebnis geführt, daß ich mich in Anbetracht der Arbeitskräftelage veranlaßt fühle, Sie auf die zu erwartende Entwicklung hinzuweisen.

Nach den meinen Mitarbeitern gegebenen Informationen werden die Einschränkungen in der Schwerindustrie schon mit Ende des Monats Juli Freistellungen von Arbeitskräften in größerem Ausmaß nach sich ziehen. Es ist zwar vorgesehen, lohnintensive Arbeiten wie Straßeninstandsetzung, Enttrümmerung, Wohnungsbau, Aufforstung usw. in allen Bezirken kurzfristig anlaufen zu lassen, durch die nach dem bisherigen Plan etwa 40 – 45.000 Arbeitskräfte Beschäftigung finden werden, jedoch reichen diese Maßnahmen nicht aus, um alle freiwerdenden Arbeitskräfte in Arbeit lenken zu können.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß nicht für alle jetzt auslernenden Jungfacharbeiter Arbeitsmöglichkeiten vorhanden sind, - Vorschläge hierzu sind dem Ministerrat bis zum 30.6.1953 von uns vorzulegen – und daß sich die Zahl der freien Arbeitskräfte durch die Schulabgänger 1953 noch erhöhen wird, sehe ich in dieser Entwicklung in der augenblicklichen politischen Situation eine sehr ernste Gefahr. Die Erweiterung der Produktionskapazitäten in der Leichtindustrie soll erst frühestens Ende des dritten, Anfang des vierten Quartals in Kraft treten können, und es ist auch damit zu rechnen, daß nicht alle aus der Schwerindustrie freiwerdenden Kräfte in die Leichtindustrie umzusetzen sind.

Da ich der Auffassung bin, daß bisher bei der Aufstellung der Volkswirtschaftspläne nicht genügend von den vorhandenen Menschen ausgegangen wurde, die Arbeit brauchen, sondern ausschließlich von den Bedürfnissen der Entwicklung der Volkswirtschaft, habe ich vorgeschlagen, um diese Fehler nicht zu wiederholen, die Planänderungen so durchzuführen, daß für die arbeitsfähigen Menschen unter allen Umständen Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden müssen.

Nach der von mir kurz geschilderten Sachlage – genaue Zahlen über den Umfang der Freistellungen sind mir von Ihnen noch nicht bekanntgegeben – ist aber zumindest in den Monaten Juli bis September, und bei Anlaufschwierigkeiten in der Leichtindustrie möglicherweise noch länger, mit einem starken Anwachsen der Arbeitsuchenden zu rechnen. Dazu kommt, daß gegenüber den Vorjahren in diesem Jahr erstmalig bis zum 15. Mai 1953 die Zahl der bereits vorhandenen Arbeitsuchenden trotz des Bedarfs in der Landwirtschaft gegenüber dem Monat Dezember 1952 nicht zurückgegangen ist, sondern teilweise in den Bezirken eine recht beträchtliche Erhöhung erfahren hat, wie aus der nachstehenden

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Gegenüberstellung der Zahl der Arbeitsuchenden im Dezember 1952 und im Mai 1953 ersichtlich ist:

Bezirk	Insges.	Männer	Frauen	Jugendl.	Schwerbesch.
Rostock	1.681	214	1.467	129	202
	1.003	240	763	67	227
Schwerin	1.088	276	812	206	198
	1.142	194	998	84	198
Neubrandenburg	1.088	205	883	88	154
	1.053	323	730	212	217
Potsdam	2.510	421	2.069	309	239
	2.391	658	1.733	481	400
Frankfurt	856	164	652	171	94
	573	156	417	110	124
Cottbus	1.832	240	1.592	356	142
	1.167	185	982	113	147
Magdeburg	9.477	1.299	8.178	1.092	597
	12.235	1.118	10.417	973	958
Halle	6.116	1.717	4.399	1.746	760
	12.614	2.009	10.605	1.594	894
Erfurt	10.531	2.558	7.993	2.467	907
	10.331	2.423	7.908	1.395	909
Gera	1.564	302	1.262	170	222
	1.295	353	942	190	328
Suhl	2.250	413	1.837	296	75
	2.099	373	1.726	355	97
Dresden	18.668	4.123	14.543	3.125	1.153
	21.685	4.938	17.847	2.530	1.712
Leipzig	12.675	2.278	10.397	1.353	811
	14.104	2.970	11.134	1.029	1.337
Karl-Marx-Stadt	6.553	1.575	4.978	627	551
	9.972	2.712	7.260	769	990
Berlin	6.510	2.518	3.992	668	452
	14.861	6.570	8.291	1.321	2.633
DDR einschl.	83.419	18.303	65.116	12.833	6.537
Berlin	106.674	25.922	80.753	11.223	11.171

Wenn auf Grund der vorgesehenen Planänderungen die Zahl der bereits vorhandenen Arbeitsuchenden noch eine derart erhebliche Steigerung erfahren wird, wie sie nach den Informationen zu erwarten ist, so muß das eine starke Reaktion in der Bevölkerung nach sich ziehen, die auf Grund der gefaßten Beschlüsse mit ihrer allgemeinen Verbesserung der Lebenshaltung rechnet. Die Lockerung der Bestimmungen in der Zahlung der Sozialfürsorgeunterstützung dient zwar der Behebung der größten Härten, kann aber nicht ausreichend sein. Meines Erachtens müßten jetzt in erster Linie Arbeitsmöglichkeiten für alle

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

arbeitsfähigen Menschen geschaffen werden, da nur dadurch eine wirkliche Hebung des Lebensstandards der gesamten Bevölkerung erreicht werden kann.

Ich bitte daher, bei der Überprüfung der Vorschläge zur Änderung des Planes die von mir aufgezeigten Schwierigkeiten hinsichtlich der Lenkung der Arbeitskräfte in Arbeit zu berücksichtigen. Da die Umstellung des Planes selbstverständlich eine gewisse Anlaufzeit benötigt, bin ich der Meinung, daß man überprüfen sollte, inwieweit die Voraussetzungen gegeben sind, für den Übergang durch Ausweitung des Planes für lohnintensive Arbeiten ausreichend Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Ich werde Ihnen dafür umgehend einen bereits ausgearbeiteten umfangreichen Vorschlag übergeben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

[Unterschrift]

(Malter)

Staatssekretär.

[Quelle: SAPMO-BArch, NY 4090/435, Bl. 81-84.]

*Bundeszentrale für politische
Bildung*

DeutschlandRadio

*Zentrum für Zeithistorische
Forschung Potsdam e.V.*